Arbeiterführer als Verräter

Dokumente aus der Kriegszeit

Aus den Akten der Kriegsamtstelle Leipzig

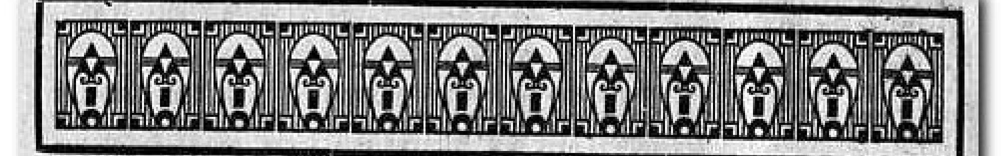
Preis 25 Pfennig



Leipzig 1919

Verlag: Gewerkschaftskartell Leipzig.

Inhalt.



Die revolutionäre Erhebung des deutschen Proletariats im November 1918 hat die militärischen und imperialistischen Gewalthaber gestürzt und fortgefegt. Damit sind uns ihre Geheimfächer zugänglich und ihre Geheimakten — Dokumente der Brutalität und der Schande — in unsern Händen.

Welche Erbärmlichkeit und Verworfenheit strotzt uns aus jedem Aktenbündel entgegen. Brutale und hinterlistige Maßnahmen zur Unterdrückung der Arbeiterschaft, scheinheilige Versprechungen und lügenhafte Darstellungen zur Beeinflussung der Proletarier, schonende Behandlung und Befreiung vom Kriegsdienst aller gewissenlosen Elemente, die sich in den unsauberen Dienst der Ausbeuter und Kriegshetzer stellten und schließlich eine Fülle von Verleumdungen und Denunziationen gegen mißliebige Personen. Der Ekel steigt einem beim Lesen der Aktenblätter auf, in denen alle, die auch nur einen Finger breit vom Wege der Kriegslüge und patriotischen Hetze abgewichen sind, der Spionage oder des Landesverrats verdächtigt, zum mindesten aber der Einziehung zum Kriegsdienst empfohlen werden. Unter den Opfern befinden sich alle Schichten der Bevölkerung. Lehrer, Beamte, Ingenieure, Schauspieler, zu allermeist natürlich Arbeiter, sind prompt nach Eingang der Denunziation „ärztlich untersucht" und eingezogen worden. Unter den Denunzianten sind Unternehmer und Angestellte, Aerzte, Ratsbeamte usw., eifersüchtige Weiber und — Gewerkschaftsführer.

Hier sollen uns zunächst die Dokumente beschäftigen, die sich gegen die Arbeiterschaft, ihre Organisationen und ihre Führer richten.

Die Gewaltherrschaft.

Der mit Kriegsausbruch befohlene sogenannte Burgfrieden entpuppte sich sehr bald als Mittel zur Unterdrückung freier Regungen der Arbeiter, um den Kriegstreibern und Wucherern die Ausbeutung und Schröpfung der breiten Volksmassen restlos zu ermöglichen. Die Knebelung der Arbeiterpresse durch ungezählte Verfügungen, die immer mit dem Verbot des Erscheinens drohten, die unerhörten Zeitungsverbote selbst, die Behandlung der Redakteure, bilden ein besonderes Kapitel für sich. Die Versammlungsfreiheit war aufgehoben. Partei und Gewerkschaften führten teilweise nur ein Schattendasein.

Welch nichtige und alberne Gründe Anlaß zu Versammlungsverboten gegeben haben, zeigt folgendes Schriftstück:

Stellv. Generalkommando 19. A.-K. Leipzig, 16. April 1918.
Presse-Abteilung

Nr. 16255 Pa. Geheim!

Zuverlässigen Mitteilungen zufolge beabsichtigt die U. S. P. D. innerhalb der Ortsgruppe des Deutschen Metallarbeiter-Verbands eine Abstimmung der Mitglieder des genannten Verbands über die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstags herbeizuführen.

Zweck des einzuberufenden außerordentlichen Verbandstags würde die Erzwingung eines Vorstandswechsels im Verbande sein, um den **gesamten Verband alsdann in die Arme der U. S. P. D. zu treiben.**

In Uebereinstimmung mit den Königlichen Kriegsministerien wird gebeten, sobald Wahrnehmungen über eine derartige Tätigkeit innerhalb der Ortsgruppen des Deutschen Metallarbeiterverbands im dortigen Bereich gemacht werden sollten, einzuschreiten und **diese Tätigkeit ebenso wie die Abhaltung einer etwa geplanten Generalversammlung zu verbieten.**

Von seiten des stellv. Generalkommandos
Der Chef des Stabes
J. A.
gez. Freise.

Suchte man die Organisationen zu unterdrücken, so natürlich auch alle Genossen, die trotzdem für die Interessen der Arbeiterschaft eintraten, unschädlich zu machen. Man verfolgte sie auf Schritt und Tritt, um sie dem Gefängnis oder dem Schützengraben auszuliefern. Alle diese Genossen bezeichneten die Soldschreiber der Militärkaste schon damals als „Spartakisten“, wie die Listen in den Akten des Generalkommandos zeigen:

Geheim! 211. K. A. Z., geh.

Spartakusgruppe Leipzig.

1. Seger, Johann Friedrich, Redakteur
2. Herre, Franz Emil Alfred, Redakteur
3. Prager, Eugen (g. v. H., Ers.-Batl. 106), Redakteur
4. Liebmann, Paul Hermann (g. v. H., zurückgestellt), Redakteur
5. Herre, Gustav Alfred Alwin, Tischler
6. Hentschel, Moritz Alwin, Markthelfer
7. Schäfer, Friedrich Ernst, Dreher
8. Lieberasch, Hermann Artur, Schlosser
9. Seidel, Friedrich Hermann, Lagerhalter
10. Fröhlich, Max Alwin, Lagerhalter
11. Zipperer, Johannes William, Graveur.

Geheim! 211. K. A. Z., geh.

Treue Helfer und Anhänger der Spartakusgruppe.

Voigt, Friedrich Karl Eduard, Stukkateur
Böhle, Friedrich August, Dreher
Köhler, Johann Karl, Handlungsgehilfe
Näther, Robert, Maurer
Krüger, Karl Friedrich Willi, Hobler
Müller, Johannes Leonhard, Buchhalter
Martin, Gustav Adolf, Lagerhalter
Schrörs, Karl (3. 8. 17. bei Train eingestellt), Parteisekretär
Rehbaum, Wilhelm Friedrich, Klempner
Willecke, Max Rudolf, Pianofortearbeiter
Nietzschmann, Ernst Hugo, Kassierer
Nüchtern, Friedrich, Schriftsetzer
Scheib, Johannes Konrad, Lagerhalter
Weigel, Albert Paul, Schneider

Wen die Schergen der Gewalthaber nicht aus irgendeinem Grunde hinter Kerkermauern setzen konnten, der wurde ungeachtet mangelnder Dienstfähigkeit zum Heere eingezogen. Gegen solche strafweise Einziehungen wendete sich wiederholt die Leipziger Parteileitung an die Kriegsamtsstelle und es führte zu einer Besprechung am 18. Juli 1917, an der Hauptmann Kegel, Hauptmann Ritter, Oberleutnant Kühn und die Genossen Lipinski, Hirschmeier und Herre teilnahmen. Unsre Genossen führten als Beweise für Strafeinziehungen die plötzlichen Einberufungen der Genossen Schrörs, Schäfer, Herre und Thalheim an. Als Antwort darauf sagt das Protokoll folgendes:

Hauptmann Ritter weist entschieden die Behauptung zurück, daß Strafeinziehungen stattfänden. Die Einberufungen erfolgen nach Maßnahme der militärischen Lage und treffen alle Parteien gleichmäßig.

Dem Protokoll folgt eine Mitteilung des Referats „Zurückstellungen" vom 29. Juli 1917, das mit „Geitner" unterschrieben ist. Es beginnt:

Dem Herrn Vorstand der Kriegsamtstelle gestattet sich Ref. Z. zu den in der Sitzung vom 18. 7. 17 von den Vertretern der unabhängigen Sozialdemokratie über „Einberufungen" erhobenen Beschwerden folgendes zu berichten:

1. Schrörs, geb. 73, g. v., Train F.

Nach Br. — B. — Nr. 100 der Geheim-Registrande wurde am 30. 6. 17 an das Bezirkskommando II Leipzig verfügt, **daß Schrörs „bei nächster Gelegenheit" einzustellen sei . . .**

2. Schäfer, geb. 82, ged., d. g. v., Feldart.

Nach st. G. K. O. 15454 Z/B. v. 22. 4. 17 wurde Schäfer für die Firma Rob. Huebeler, Leipzig, bis zum 30. 6. 17 zurückgestellt.

Nach den im Monat April 17 im Leipziger Bezirk ausgebrochenen Streiks wurde auch nach den **Personalien des Schäfer gefahndet und alles erforderliche festgestellt.** Darauf wurde mit Br. Br.-Br. 91, Z. geheim vom 18. 6. 17 vom stellv. Generalkommando nach Rücksprache mit dem Herrn Vorstand der Kriegsamtstelle von Ltn. Geitner handschriftlich verfügt, daß Schäfer nach Ablauf der Rückstellungsfrist **bei erster Gelegenheit einzustellen** sei.

Am 20. 6. 17 fragte Bez.-Kdo. II an, ob Schäfer am 11. 7. 17 eingestellt werden solle. Dies wurde von Ltn. Geitner ebenfalls handschriftlich, nach Rücksprache mit dem Vorstand der Kriegsamtstelle verfügt, woraufhin Schäfer am 11. 7. 17 bei der Ers.-Abt. Feldart.-Regt. 68, Riesa, zur Einstellung gelangte, **da er unbedingt von Leipzig entfernt werden sollte.** Der Kommandeur der Ers.-Abt. Feldart. 68 wurde mit Br. B. Nr. 114 Z. geheim am 12. 7. 17 unter „streng geheim" über die Persönlichkeit des Schäfer unterrichtet.

3. Herre, ged. 95—97 (2. Torp.-Abt.) k. v.

Da Herre bei der 2. Torp.-Abt. gedient hat, ist er Marineangehöriger, die nur in weiten Zwischenräumen zur Einstellung gelangen. Von einer Strafeinziehung des Herre kann in diesem Falle keine Rede sein.

4. Thalheim, geb. 79, d. a. v., Heimat, Bureau.

Thalheim wurde von seinem Arbeitgeber, der Firma H. Fickentscher, Leipzig, dem Revisor Andrä gegenüber wiederholt als **gemeingefährlicher Mensch, Streikrädelsführer** usw. bezeichnet. Er gelangte am 21. 6. 17 beim 1. Rekr.-Dep., 1. Ers.-Batl. J.-Reg 134 in Plauen zur Einstellung.

Ohne Rücksicht auf die Dienstfähigkeit sind alle Genossen eingezogen worden, die als „Streikrädelsführer" denunziert oder sonst von Leipzig „unbedingt entfernt" werden sollten. Zu diesen Gemeinheiten kommt noch die Heuchelei; denn trotz der erwähnten Aktenstücke schreibt die Kriegsamtsstelle am 30. 8. 17 an Genossen Lipinski u. a., „daß die Annahme, es handle sich um Strafeinziehungen, die ihre Spitze gegen sogenannte Minderheits-Sozialisten wegen ihrer politischen Betätigung

richten, unzutreffend sei. Es seien lediglich Gründe der militärischen Lage maßgebend".

Eine der häßlichsten Blüten der militärischen Gewaltherrschaft war das von Gewerkschaftsführern vorbereitete Hilfsdienstgesetz, das den deutschen Arbeiter völlig schutzlos seinem Ausbeuter preisgab. Darüber folgendes Dokument:

Stellv. Generalkommando XIX
Kriegsamtstelle Leipzig
Br. B. Nr. 68121 K. A. Z.

Leipzig, 1. II. 18.
Gerberstr. 1.

Geheim!

U. R.

Eilt sehr!

Bezirkskommando II, Leipzig.

Der militärische Leiter der Deutschen Flugzeugwerke G. m. b. H. in Lindenthal hat hierher gemeldet, daß

Thomschke, Joh., Möckern, Knopfstraße 9, bis heute mittag sich noch nicht zur Arbeit gemeldet hatte. Thomschke ist **sofort durch die Polizei dem militärischen Leiter der Deutschen Flugzeugwerke in Lindenthal vorführen zu lassen.**

Ferner hat sich nicht gemeldet:

Schale, Max, Lindenthal, Exerzierplatzstr. 5. Sollte Beorderung nicht erfolgt sein, ist dies heute noch nachzuholen. (Eintreffen des Mannes in Lindenthal bis spätestens morgen mittag 12 Uhr.) Wenn Beorderung doch erfolgt ist, ist er **ebenfalls durch die Polizei dem militärischen Leiter vorzuführen.**

Von seiten des stellv. Generalkommandos
J. A.
(gez.) Geitner.

Die Sklaven im alten Rom haben sich freier bewegen können, als der moderne Arbeiter des 20. Jahrhunderts, den der Büttel zur Arbeit schleppt. Niemand konnte eine Arbeitsstelle verlassen, ohne den famosen Abkehrschein. Um die Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern zu schlichten, wurde auch in Leipzig ein Schlichtungsausschuß geschaffen, dem je zwei Unternehmer und Arbeiter angehörten. In den Verhandlungen mußten bald die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit aufeinanderplatzen, wenn von beiden Seiten die rechten Vertreter im Ausschuß saßen. Wahrscheinlich waren aber die Vertreter des Unternehmertums dem Kampfe nicht recht gewachsen, denn es machten sich bald Bestrebungen geltend, sie zu beseitigen. Vor allem ließ sich der „unparteiische" Vorsitzende, Major Bachstein, dazu mißbrauchen, wie folgendes Schreiben an die Kriegsamtstelle zeigt:

Geheim!

Leipzig, 30. 3. 1917.

Herrn Hauptmann Ritter, Leipzig!

Anbei übersende ich einen Bericht über die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt in Groß-Leipzig.

Wenn irgend möglich, bitte ich als ständige Mitglieder für den Schlichtungsausschuß in Leipzig als Vertreter der Arbeitgeber zwei andre Vertreter namhaft zu machen, am zweckmäßigsten aus dem Verband der Metallindustriellen, da die bisherigen Vertreter (Dr. O. Schlippe und Schlossermeister Ventur) **mir für diese Stellung wenig geeignet erscheinen.** Ich schlage vor: Herrn Rothe (Firma Jäger, Rothe u. Siemenswerke), Herrn Köllmann (Zahnräderfabrik K. A.-G.), Herrn Körting (Firma Körting u. Matthiesen), Herrn Dr. Kretzschmar (Syndikus des Verbands der Metallindustriellen in Leipzig). Ich bitte, zwei dieser Herren als Mitglieder und zwei als Stellvertreter zu bestimmen. Etwa ¾ aller Schlichtungsfälle betreffen die Metallindustrie. **Noch lieber wäre mir ein Wechsel der Vertreter der Arbeitnehmer,** die anscheinend von den Arbeiterorganisationen vor-

geschlagen worden sind **und die mir bei der Spruchsitzung oft große Schwierigkeiten bereiten.** Doch wird es, glaube ich, sehr schwierig sein, weil dies den Organisationen nicht genehm sein dürfte.

Bachstein.

Major Bachstein hält also die Vertreter der Unternehmer nicht für geeignet und schlägt gleich selbst einige Scharfmacher aus der Metallindustrie vor. Noch lieber wäre es ihm, wenn auch die Vertreter der Arbeiter beseitigt werden könnten, aber aus Furcht vor den organisierten Arbeitern sieht er davon ab. Die Kriegsamtstelle konnte nun dem Verlangen Bachsteins nicht Rechnung tragen, denn sie teilte ihm schon am 1. April 1917 mit, „daß sie zu ihrem Bedauern nicht in der Lage ist, irgendwelche Schritte zur Ablösung der Schlichtungsausschußmitglieder zu tun. Der Major mußte also andre Wege zur Erreichung seines Zieles einschlagen, und es ist ihm gelungen, wie aus dem Schreiben vom 22. September 1917 hervorgeht:

Geheim. Der Kriegsamtstelle Referat R. A. Leipzig.

Das ständige Mitglied (Vertreter der Arbeitgeber) des Schlichtungsausschusses, Dr. Schlippe, **hat sich bereit erklärt, seine Stellung als ständiges Mitglied an einen Vertreter der Schwerindustrie abzutreten** und fortan nur als Stellvertreter eines solchen tätig zu sein. Als neues ständiges Mitglied für den Schlichtungsausschuß Leipzig schlage ich Herrn Fabrikdirektor Köllmann, hier, Friedensstr. 4, vor und bitte ich, in diesem Sinne auf den Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig einzuwirken, damit sich dieser Verband mit der Wahl des Herrn K. als ständiges Mitglied der Arbeitgeber des Schlichtungsausschusses Leipzig einverstanden erklärt.

Herr Köllmann ist infolge seiner Art, auf **die Vertreter der Arbeitnehmer** im Schlichtungsausschuß einzuwirken, ganz besonders geeignet, für die Stellung eines selbständigen Mitglieds (Vertreter der Arbeitgeber) des Schlichtungsausschusses.

J. V.: Richter.

Die für Unternehmerinteressen stets diensteifrige Kriegsamtstelle befragte die Handelskammer, die natürlich gegen den Plan nichts einzuwenden hatte. Auch der Verband der Metallindustriellen wurde benachrichtigt, der seiner großen Freude unverhohlen durch ein Schriben vom 27. September 1917 Ausdruck gab, zugleich aber auf den alten Vorschlag Bachsteins vom März zurückkam, auch den Schlossermeister Ventur zu beseitigen und ihren Syndikus Dr. Kretzschmar an seine Stelle zu berufen. Das Schreiben lautet:

An die Kriegsamtstelle Leipzig.

Die Entschließung der Kriegsamtstelle auf Antrag des Herrn Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Herrn Dr. Oskar Schlippe als Vertreter der Arbeitgeber im Schlichtungsausschuß abzuberufen, **begrüßen wir mit aufrichtiger und großer Freude,** da die geringe Sachkenntnis des Herrn Dr. Schlippe und wohl auch dessen mangelndes Interesse an den Verhandlungen im Schlichtungsausschuß von den hiesigen Firmen der Metallindustrie schon seit langer Zeit sehr unangenehm empfunden wird. Wir sind überzeugt, daß die Kriegsamtstelle keinen geeigneteren Ersatz für Herrn Dr. Schlippe als Herrn Direktor Gustav Köllmann, i. F. Zahnräderfabrik Köllmann A.-G., wählen könnte.

Wenn wir uns zu dieser Angelegenheit noch einen Vorschlag erlauben dürfen, so möchten wir die Kriegsamtstelle höflichst bitten, **doch auch bei dieser Gelegenheit Herrn Schlossermeister Ventur abzuberufen** und an dessen Stelle Herrn Dr. Kretzschmar zum ständigen Vertreter der Arbeitgeber in den Schlichtungsausschuß zu berufen.

Verband der Metallindustriellen,
Max Bleichert.

Die Kriegsamtstelle teilte darauf den Metallindustriellen mit, „daß es leider nicht angängig ist, Dr. Kretzschmar in den Schlichtungsausschuß zu berufen, da er nicht selbst Arbeitgeber ist und Ventur dem Metallgewerbe angehöre. Gar zu gern hätte die Kriegsamtstelle auch diesen Wunsch der Unternehmer noch erfüllt.

Inzwischen hatte sich auch die Brauchbarkeit des „Arbeitervertreters" Gericke (Holzarbeiterverband) herausgestellt, so daß ihn Bachstein mit gutem Gewissen reklamieren und die Interessen der Kriegshetzer und Unternehmer ohne „Schwierigkeiten" vertreten konnte.

Die Beeinflussung der Arbeiterschaft.

Viel Mühe und Geld haben es sich die Herrscher des militärischen Regimes kosten lassen, um die Arbeiter zu beeinflussen, alle Bewegungen und Streiks abzuwenden und sie in patriotischer Stimmung zu halten. Der kommandierende General v. Schweinitz empfahl folgendes Mittel:

19. (2. K. S.) Armee-Korps. Leipzig, 3. 5. 17.
Stellv. Generalkommando.
Br. B. Nr. 131. St. A. K. A. Geheim.

Streng Geheim!

Dem Kgl. Kriegsministerium, Abtlg. VI
Dresden.

Im Verlauf der anläßlich der Leipziger Streikbewegung hier in umfangreicher Weise eingeleiteten Arbeiteraufklärung ist die Beobachtung gemacht worden, daß eine besonders gute Wirkung zur Beruhigung der Arbeiterschaft und zur Rückkehr zur Erfüllung ihrer Pflichten gegen das Vaterland von den Feldpostbriefen ausging, in denen die im Felde stehenden Angehörigen oder Arbeitsgenossen der Streikenden diesen ihre **Mißbilligung über den Streik in deutlichen Worten aussprachen. Die Arbeiter sollen sich angesichts solcher Briefe zum Teil geschämt haben.**

Es wäre deshalb sehr erwünscht, wenn ein Einfluß auf die im Felde stehenden Unteroffiziere und Mannschaften aus den Kreisen der Arbeiterschaft dahingehend gewonnen werden könnte, daß

1. die Leute über den Streik, über die **hinterlistige Art seiner Anzettelung durch die linksradikale Minderheit,** endlich über die verderblichen Folgen des Streiks für das Feldheer und seine **kriegsverlängernde Wirkung** entsprechend aufgeklärt und

2. ihnen **vertraulich** und **vorsichtig** nahegelegt wird, **in den Feldpostbriefen und Karten an ihre Angehörigen und an ihre Arbeitskameraden in der Heimat Zorn und ihrer Mißbilligung der Streikbewegung deutlichen Ausdruck zu geben.**

Die in den Zeitungen veröffentlichten Feldpostbriefe des gleichen Inhalts haben ihre Wirkung verfehlt, da sie für bestellte Arbeit gehalten werden. Es kommt also nur direkte Einwirkung durch persönlich erhaltene Briefe — die sich auch herumsprechen — in Frage.

Jedenfalls ist erste Bedingung für die Wirkung der vorgeschlagenen Maßnahme, daß sie **streng vertraulich behandelt und niemanden aus den beteiligten Arbeiterkreisen bekannt wird.**

Das Kgl. Kriegsministerium wird daher sehr ergebenst gebeten, diesbezügliche Maßnahmen bei den mobilen Generalkommandos pp. in Vorschlag zu bringen.

Der kommandierende General
v. Schweinitz.

Ueber eine Sitzung der Kriegsamtstelle Leipzig am 30. April 1917 finden wir ein Protokoll, dem wir folgendes entnehmen:

Anlaß: **Arbeiterbewegung.** Vorsitz: Hauptmann **Ritter.**

Anwesend: Von **Handelskammer Leipzig:** Syndikus Justizrat Dr. Wendtland, Direktor E. Müller, Direktor Alfred Rothe, Fabrikbesitzer Emil Vogel.

Vom Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig: Syndikus Rechtsanwalt Dr. Kretschmar.

Von der **Handelskammer Plauen:** Kommerzienrat A. Röhling, Lauter, Fabrikbesitzer Oskar Zöffel, Crimmitschau.

Von der **Handelskammer Chemnitz:** Syndikus Dr. Heubner, Geh. Kommerzienrat Artur Schieck, Frankenberg.

Von der **Kriegsamtsstelle Leipzig:** Hauptmann Kegel, Intendanturassessor Camin, Oberleutnant Kühn, Leutnant Geitner.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Aufklärung der Arbeiter.**

Hauptmann Ritter weist darauf hin, daß die Arbeiter vielfach noch nicht wissen, welche Folgen eine solche Streikbewegung haben könnte und welche Folgen ein frühzeitiger Friedensschluß für sie selbst haben würde. **Hierüber sind sie an der Hand eines vorliegenden Rundschreibens aufzuklären, und zwar durch Arbeitskollegen,** die bei dieser Aufklärungsarbeit selbstverständlich das Rundschreiben nicht in der Hand haben und **nicht auf ihren Auftrag zur Aufklärung hinweisen dürfen.** Zu dieser Aufklärungsarbeit hätten die Betriebe durchaus **zuverlässige und durchaus vertrauenswürdige Arbeiter namhaft zu machen.** Soweit solche Arbeiter, die zur Aufklärungsarbeit geeignet sind, zur Zeit eingezogen sind, würden sie, **selbst wenn sie kriegsverwendungsfähig sind, entlassen und zurückgestellt werden.** Derartige Zurückstellungsgesuche sollen zur Vermeidung einer Verwechselung mit andern Gesuchen nicht an Abteilung Z, sondern an Stab A unter Hinweis auf die heutige Besprechung gerichtet werden und zwar am besten durch Vermittlung der Handelskammern. Die Kriegsamtstelle erwartet, daß diese Einrichtung nicht dazu benutzt wird, lediglich zur Gewinnung von Arbeitskräften Rückstellungsgesuche einzureichen.

Dann gibt Ritter die Absicht der Kriegsamtstelle bekannt, einen in der **Metallarbeiterzeitung erschienenen Aufruf des Deutschen Metallarbeiterverbands als Flugblatt an alle Metallarbeiter des Korpsbezirks zu verteilen.** Es wird vereinbart, daß die Verteilung durch die einzelnen Betriebe erfolgt, und daß der **Verband der Metallindustriellen in Leipzig** die hier in Betracht kommenden Betriebe und die für jeden nötige Zahl der Flugblätter der Kriegsamtstelle bezeichnet.

* *
*

Wie sich die Unternehmer die Beruhigung der Arbeiter und die Verhütung weiterer Streiks denken, zeigt der Bericht über eine Besprechung am 27. April 1917, nachm. 7 Uhr, in der Kriegsamtstelle:

Anlaß: Maßnahmen zur **Beruhigung der Arbeiter** in den Fabriken und **Verhütung weiterer Streiks.**

Vertreten waren folgende Firmen: Hugo Schneider, A.-G., Paunsdorf, Leipziger Werkzeug-Maschinen-Fabrik Pittler, Wahren, Karl Krause, Leipzig-Anger, Automobil- und Aviatik-A.-G., Leipzig-Heiterblick, Wilhelm Morell, Leipzig, Meier u. Weichelt, Leipzig-Lindenau, Max Jahn, Leutzsch, Schumann u. Co., Leipzig-Plagwitz, Grohmann u. Frosch, Leipzig-Plagwitz, Dr. Th. Horn, Großzschocher, Ad. Bleichert u. Co., Leipzig-Gohlis, Hauptmann Ritter, Leutnant Geitner, Assessor Camin, von der Kriegsamtstelle.

Hauptmann Ritter eröffnet die Versammlung und gibt einen kurzen Bericht über die jetzige Stimmung in Arbeiterkreisen, wobei er durchblicken läßt, daß die Gefahr eines wiederholten Streiks noch nicht ganz vorüber ist. Er entwickelt den Plan der Kriegsamtstelle, nach welchem größeren Firmen **zuverlässige Leute aus** den Ersatztruppenteilen zur Verfügung gestellt werden sollen. **Diese**

Leute sollen vorher instruiert werden und aufklärende Reden und Gespräche unter der Belegschaft halten. Der Vorschlag wurde gut aufgenommen, die Firmen wurden aufgefordert, zuverlässige Leute dem Stab A zu melden, worauf **Entlassung der Leute** verfügt werden soll.

Kommerzienrat Frosch teilt mit, daß bereits gestern abend und heute morgen in seinen Werkstätten und auf der Straße Zettel verteilt worden seien, nach welchen Werkstatt-Versammlungen einberufen werden. Er schlägt vor, derartige **Zettelverteiler verhaften zu lassen.** Weiter fragt er an, wie sich die Betriebe verhalten sollen, wenn die Arbeiter am 1. Mai feiern sollten. Nach den Verbandsbestimmungen dürften solche Leute vor 14 Tagen von der alten Firma nicht wieder aufgenommen werden.

Hauptmann Ritter schlägt vor, im Kriege doch auch hier einmal eine Ausnahme machen zu wollen, die Militärbehörde habe zur Zeit jedenfalls nicht die Absicht, mit scharfen Bestimmungen vorzugehen.

Biagosch jun. schlägt vor, in den Versammlungen geeignete Redner auftreten zu lassen, die an die vaterländische Gesinnung der Arbeiter appellieren. Er selbst habe beim letzten Streike zu seinen Arbeitern gesprochen und viele zur Umkehr bewogen (?).

Hauptmann Ritter erwiderte, daß dies schon von der Kriegsamtstelle beabsichtigt gewesen sei, sein Vorschlag aber bei den Fabriken wenig Anklang gefunden hätte. Die Kriegsamtstelle sei jedoch gern bereit, dem Vorschlag Biagosch näherzutreten, würde sich mit dem Ministerium des Innern bezw. dem Landeslebensmittelamt zwecks Zur-Verfügung-Stellung geeigneter Redner in Verbindung setzen. Auch könnten **Offiziere in Zivil** und **Ratsbeamte in Versammlungen auftreten.**

Kommerzienrat Frosch teilt mit, daß der Arbeiterausschuß von ihm verlangt habe, daß er die drei werkstreuen Arbeiter, welche während des Streiks bei ihm gearbeitet haben, aus dem Arbeiterausschuß stoße. Er habe das Verlangen der Ausschußmitglieder abgelehnt.

Direktor Evelbauer hält Versammlungen in den Fabriken während der Arbeitszeit für zweckmäßig.

Hauptmann Ritter erwidert, daß die Kriegsamtstelle bereit sei, während der Arbeitszeit geeignete Vertreter zu entsenden. Es müsse alles eingesetzt werden, um die nur mitgelaufenen Leute wieder heranzuholen. **Eine Einziehung der radikalsten Elemente könnte nur allerletztes Mittel sein** und auch erst in einiger Zeit erfolgen, da sonst die Stimmung unter den Arbeitern wieder erneut erregt würde (Firmen können die Aufwühler bei Prüfung der Belegschaftslisten bezw. bei dringendem Bedarf als Felderſatz wieder freigeben).

Direktor Sieroth teilt mit, daß die Reklamierten Angst gehabt hätten, eingezogen zu werden und darum bei den Leipziger Werkzeug-Maschinenfabriken Pittler nicht mitgestreikt hätten. Es wäre ihnen jedoch von den Führern bedeutet worden, daß die Einberufungen alle durch das Volkshaus gingen und sie keine Angst zu haben brauchten. Seitens des stellvertretenden Generalkommandos IV sollen eine Anzahl Schreier der Firma, welche in Preußen wohnen, Order bekommen haben.

Hauptmann Ritter spricht kurz über den Verlauf des Streiks und teilt mit, daß Leipzig der schwierigste Platz sei und daher scharfe Maßnahmen soweit als möglich hinausgeschoben werden müßten. Der Bedarf der Betriebe an Facharbeitern hätte aus den Beständen der Ersatztruppenteile auch nicht annähernd gedeckt werden können, wenn man die streikenden Reklamierten einberufen hätte.

Dr. Th. Horn verlangt für die werkstreuen Arbeiter scharfe Schutzmaßregeln.

Biagosch jun. teilt mit, daß die Leute durch Aufsätze in der Volkszeitung usw. beunruhigt würden, wonach eine weitere Herabsetzung der Brotration erfolgen solle.

Hauptmann Ritter teilt mit, daß alle Zusagen sich nur auf den letzten Streik beziehen; er fragt, ob aus Anlaß des Groenerschen Aufrufs sich nicht natio-

nal gesinnte Ausschüsse in den Betrieben bilden lassen. — Die Meinung darüber ist geteilt, die meisten denken, daß dieser Aufruf genügt.

Zum Schlusse schlägt Biagosch jun. vor, die Industriellen Leipzigs öfters zu derartigen Besprechungen einzuladen, wo allgemeine Gedanken ausgetauscht werden können. Ferner empfiehlt er, zur Hebung der Arbeitsfreudigkeit **die Stiftung einer Medaille an zuständiger Stelle vorzuschlagen.**

Hauptmann Ritter erklärt sich im Namen der Kriegsamtstelle hierzu bereit.

Schluß 8 Uhr 40 Min. Geitner.

In vielen Besprechungen der Kriegsamtstelle mit den Unternehmern wurde darüber gejammert, daß die Arbeiter von der Leipziger Volkszeitung ungünstig beeinflußt würden. In einer solchen Besprechung am 24. Mai 1917 sagte Hauptmann Ritter:

Im südlichen Teil des Leipziger Bezirks (Chemnitz) hat die sozialdemokratische Presse gern Artikel angenommen, dagegen **nicht die Leipziger Volkszeitung;** doch wird in Leipzig eine neue sozialdemokratische Zeitung demnächst erscheinen, mit **der das Kriegsamt Fühlung nimmt.**

Die Freie Presse kam den Herrschaften zu Hilfe. Als im Frühjahr 1917 das kleine Häuflein Regierungssozialisten in Leipzig daran ging, mit dem Geld des Parteivorstands eine Tageszeitung zu gründen, wußte es ganz genau, daß sich die Leipziger Arbeiterschaft nicht zu einer Schutztruppe des Kapitals mißbrauchen läßt. Der Abonnentenfang war für sie eine schwierige Sache. Deshalb bettelten sie bei den damaligen militärischen Gewalthabern und Unternehmern um Schutz und Unterstützung. Am 25. Mai 1917 ist folgendes Schreiben eingereicht worden:

An die Kriegsamtstelle im Bezirk des stellv. Generalkommandos 19 zu Leipzig.

Wie der geehrten Kriegsamtstelle bereits bekannt ist, wird die vom 26. Juni 1917 erscheinende

Freie Presse,

Sozialdemokratisches Volksblatt für den 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis, vorläufig in Altenburg gedruckt, welche Stadt im Bezirk des 4. Armeekorps liegt. Da die von der Wirtschaftsstelle für Druckpapier in Berlin unter der Voraussetzung, daß die Notwendigkeit des Papierverbrauchs von der zuständigen Kriegsamtstelle bescheinigt wird, zugesagte Anweisung von Druckpapier nun nach Altenburg erforderlich wird, ist das Kriegsamt in Magdeburg unterm 24. Mai ersucht worden, die verlangte Bescheinigung für die Wirtschaftsstelle für Druckpapier ausstellen zu wollen. Neben eingehender Begründung des Gesuchs ist dem Kriegsamt in Magdeburg mitgeteilt worden, **daß das Kriegsamt für den Bezirk des 19. Armeekorps das Gesuch befürwortet,** und es ist dem Kriegsamt in Magdeburg anheimgegeben worden, sich eventuell unmittelbar mit dem Kriegsamt in Leipzig ins Benehmen setzen zu wollen. Der ergebenst Unterzeichnete ersucht hiermit das geehrte Kriegsamt, **das nach Magdeburg gerichtete Gesuch unterstützen zu wollen.**

In dem längeren Schreiben wird dann noch um die Befürwortung zur Lieferung von Gießblei und die Reklamation technischen Personals gebeten, und schließlich heißts weiter:

Ferner gestattet sich der ergebenst Unterzeichnete, dem geehrten Kriegsamt mitzuteilen, daß an die Leipziger Handelskammer sowie an die Gewerbekammer Eingaben abgegangen sind, in denen das Ersuchen ausgesprochen wird, auf ihre Mitglieder dahin einwirken zu wollen, daß sie gestatten, daß die vom 26. Juni bis Ende Juni erscheinenden Probenummern der Freien Presse in ihren Betrieben oder event. vor ihren Betrieben zur unentgeltlichen Verteilung an die Arbeiter gebracht werden dürfen, daß in den letzten Tagen vor dem 1. Juli **in ihren Betrieben möglichst unauffällig Abonnentenlisten zirkulieren,** wenigstens soweit sich in den betreffenden Betrieben Leute finden, die diese Listen in

Zirkulation setzen, und daß schließlich die Betriebsinhaber selbst von der günstigen Insertionsgelegenheit, besonders in den Probenummern der Freien Presse, die in hoher Auflage in Leipzig-Stadt und -Land unentgeltlich verteilt werden, **möglichst umfänglichen Gebrauch machen.** Wir bitten, unser Vorhaben bei der Leipziger Handels- und Gewerbekammer unterstützen zu wollen. **Ein entsprechendes Ersuchen wird vom Verlag der Freien Presse übrigens den einzelnen Betriebsinhabern noch besonders zugehen.**

Für eine gefällige baldige Rückäußerung des geehrten Kriegsamts oder eine mündliche Bescheidung des Unterzeichneten wäre dieser recht dankbar.

In vorzüglicher Hochachtung

Otto Pollender.

Die so angeschnorrte Kriegsamtstelle hat denn auch ihre Schuldigkeit getan, wie folgende Abschrift erkennen läßt:

Geheim!

An die Kriegsamtstelle Magdeburg.

Vom 26. Juni d. J. ab soll in Leipzig eine neue sozialdemokratische Zeitung Freie Presse als Organ der gemäßigten sozialdemokratischen Richtung und als **Konkurrenz für die unter Leitung der Spartakus-Gruppe bestehende Volkszeitung** erscheinen. Wie der Redakteur der neuen Zeitung hierher mitgeteilt hat, ist von der Schriftleitung des neuen Blattes, das in Altenburg gedruckt werden soll, bereits an die dortige Kriegsamtstelle unterm 24. Mai das Ersuchen gerichtet worden, die Notwendigkeit des Papierverbrauchs der neuen Zeitung für die Wirtschaftsstelle für Druckpapier in Berlin zu bescheinigen. Die Kriegsamtsstelle Leipzig gestattet sich hierzu sehr ergebenst zu bemerken, **daß das Erscheinen der neuen Zeitung in Leipzig im politischen Interesse sehr zu begrüßen ist und daß diese Zeitung daher mit allen Mitteln gefördert werden möchte.**

Die Kriegsamtstelle Magdeburg wird daher sehr ergebenst gebeten, auch ihrerseits dem neuen Unternehmen **möglichst Förderung angedeihen** lassen zu wollen.

Die Kriegsamtstelle hat auch alle militärischen Stellen beim Generalkommando 19 unterrichtet. So schreibt sie an die Abteilung Zurückstellungen: **„Die Zeitung muß daher mit allen Mitteln im politischen Interesse gefördert werden.“** Und an andrer Stelle: **„Dem Ersuchen Pollenders umgehend und möglichst weitgehend nachzukommen.“**

An die Handels- und Gewerbekammer und „gemäß mündlicher Vereinbarung“ mit Pollender an die Metallindustriellen schrieb das Kriegsamt unter Geheim am 23. Mai 1917:

Vom 26. Juni 1917 ab wird in Leipzig eine neue sozialdemokratische Zeitung — Freie Presse — erscheinen, welche unter Leitung der **gemäßigten Mehrheitsrichtung** der Sozialdemokratie steht und als **Konkurrenzunternehmen der unter Leitung der Spartakusgruppe erscheinenden Leipziger Volkszeitung** in Erscheinung treten wird. **Im politischen Interesse ist es daher dringend erwünscht, daß diese neue Zeitung auch von den Herren Arbeitgebern in jeder Weise unterstützt wird.** Insbesondere wäre es zu begrüßen, wenn die Gesuche des neuen Unternehmens, die vom 26. Juni bis Ende Juni erscheinenden Probenummern in bezw. vor den Betrieben der Herren Arbeitgeber unentgeltlich verteilen zu dürfen, in weitestgehendem Maße unterstützt würden. Sie werden daher sehr ergebenst ersucht, Ihre Mitglieder in dieser Richtung vertraulich aufzuklären und sie insbesondere auch darauf hinzuweisen, daß eine **Unterstützung der neuen Zeitung durch Inserate sehr erwünscht ist.** Insbesondere dürfte es sich empfehlen, von der günstigen Insertionsgelegenheit, besonders in den ersten Exemplaren der Freien Presse, die in hoher Auflage in Leipzig-Stadt und Leipzig-Land unentgeltlich verteilt werden, möglichst umgehend Gebrauch zu machen.

Ja noch mehr ist für die Stütze des alten Systems getan worden. Der Hauptmann der Kavallerie Kegel ist persönlich in die Arena getreten

und hat eigenhändig ein geheimes Schreiben an den Geschäftsführer Reiß der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe in Berlin gerichtet. In dem vom 23. Juni 1917 datierten Briefe heißt es u. a.:

Die Zeitung erscheint als Konkurrenzorgan der Leipziger Volkszeitung, welche den radikalsten linken Flügel der Sozialdemokratie (Spartakusgruppe) vertritt, und steht auf dem Standpunkt, der gemäßigten sozialdemokratischen Mehrheit.

Da bisher in Leipzig und Umgegend ein derartiges Zeitungsunternehmen gefehlt hat, bitte ich sehr ergebenst, das neue Unternehmen nach Möglichkeit zu unterstützen.

Mehr kann eine militärische Stelle gewiß nicht tun. Was aber hilft alle Protektion hoher Stellen, alles Betteln und Schleichen, wenn die Arbeiter das Blatt nicht abonnieren. Und derselbe Hauptmann Ritter, der in der Sitzung vom 24. Mai 1917 in hoffnungsvoller Erwartung von der neuen Zeitung sprach, der mußte in einer vertraulichen Besprechung des Kriegsamts mit Unternehmern am 12. Februar 1918 betrübt feststellen:

Die gegen die Volkszeitung ins Leben gerufene Freie Presse sei als ein Fehlschlag zu betrachten. Sie werde nicht genug gelesen.

So haben Unternehmertum und Militarismus alle Mittel und Wege versucht, um die Arbeiter von der Vertretung ihrer Interessen abzuhalten und Unruhen und Streiks zu bannen. Der General bestellt Zorn, Mißbilligung und Entrüstung bei den Fronttruppen. K. v.-Leute sollen entlassen und mit Offizieren in Zivil und Ratsbeamten in Versammlungen während der Arbeitszeit auf die Arbeiter losgelassen werden. Die Stiftung einer Medaille wird den bravenLeuten in Aussicht gestellt. Eine scheinsozialistische Tageszeitung wird mit allen Mitteln unterstützt. Und nun blieb den Gewalthabern noch das sicherste Mittel zur Beeinflussung der Arbeiter — die Gewerkschaftsführer!!

In der Pressebesprechung vom 17. 4. 1917 sagte Geheimrat Schmidt:

„Was die Ursachen der Streikbewegung anlangen, so hätten die **Führer der Gewerkschaften** vollkommenes Verständnis für die Lage und die **Unzweckmäßigkeit** von Ausstandsbewegungen. Den Arbeiterführern sei durchaus bewußt, daß **durch** Streiks die wirtschaftliche Lage nur noch weiter und zwar **bedenklich** erschwert werde."

Das mußte ausgenutzt werden; und als man die Schrift des Imperialisten Paul Herre möglichst weit in Arbeiterkreisen verbreiten wollte, wendete man sich auch an bestimmte — Gewerkschaftsführer!!

Kriegsamtstelle Leipzig, 7. 9. 17.

Herrn Hauptmann Kegel

mit der Bitte, die Gewerkschaftsführer anzugeben, die für die Zusendung der Schrift von „Herre" in Frage kommen unter Bezug auf die Unterredung vom 6. 9.

Kittel.

An die Polizei gewendet, ging folgendes Schriftstück ein:

Kriegsamtstelle Leipzig, 29. September 17.

Geheim!

In der Anlage übersendet Ihnen R. A. ein Verzeichnis der Gewerkschaften und Gewerkschaftsführer, aus dem Sie ersehen wollen, **welche Gewerkschaftsführer für die Schrift von „Herre" Interesse haben dürften.**

Um baldige Rückgabe des Verzeichnisses wird ergebenst ersucht.

Ihrer politischen Gesinnung nach sind die mit † Bezeichneten Regierungssozialisten, die mit — Bezeichneten Unabhängige Sozialisten und die mit ? Bezeichneten Schwankende, die sich noch nicht entschieden haben.

Bittrich, Krim.-Oberwachtmeister.

In der Liste der freien Gewerkschaften sind folgende mit † bezeichnet:
Metallarbeiter-Verband, Fromm,
Bauarbeiter-Verband, Vors. Bauersfeld,
Zentralverein der Bildhauer, Vors. Becker,
Brauerei- und Mühlenarbeiter, Vors. Stöcklein,
Buchbinder-Verband, Vors. Wienicke,
Buchdrucker-Verband, Vors. Engelbrecht,
Druckerei-Hilfsarbeiter, Vors. Behrend,
Eisenbahner-Verband, Vors. Sängerlaub und Schneider,
Fabrikarbeiter-Verband, Vors. Hüppner,
Gärtner-Verein, Vors. Scheithauer,
Gemeinde- und Staatsarbeiter, Vors. Schuchardt,
Holzarbeiter-Verband, Vors. Gericke,
Lithographen und Steindrucker, Vors. Herbst,
Tabakarbeiter-Verband, Vors. Busch,
Töpfer und Ofensetzer, Vors. Beier,
Transportarbeiter-Verband, Vors. Sängerlaub,
Kartellausschuß der freien Gewerkschaften, Vors. Ploog,
Arbeitersekretariat, Lüttich, Mylau, Graf.
Die mit — Bezeichneten:
Asphalteure und Pappdecker, Hirschmeier,
Bureauangestellte, Netzschmann,
Handlungsgehilfen, Köhler,
Maschinisten und Heizer. Bormann,
Sattler und Portefeuiller, Döhler,
Metallarbeiterverband, Lieberasch,
Steinsetzer Jäger,
Xylographen-Verband, Spandau.

Die mit † bezeichneten Gewerkschaftsführer haben nun die Schrift Herres und vielleicht noch anderes Aufklärungsmaterial bekommen. Vom Kriegspresseamt ist am 5. Februar 1918 ein Schreiben unter 608 geheim über Maßnahmen zur Verhütung von Streiks eingelaufen, daß eine Liste imperialistischer Schriften empfiehlt. Als Nr. 3 wird „Der englische Wirtschaftskrieg und das werktätige Volk Deutschlands“ von August Winnig angeführt.

Die reklamierten Gewerkschaftsführer.

Dieselben Leute, die nicht laut genug das Volk zur „Verteidigung des Vaterlands“ aufrufen konnten, haben ihren eignen Leib in die Sicherheit der Gewerkschaftsbureaus gebracht und sich dabei der schäbigsten Mittel bedient. Hierzu einige Beispiele. Es handelt sich um den Angestellten des Eisenbahnerverbands, Hermann Rose:

Kriegsamtstelle Leipzig.

Bericht über die Erörterung beim Transportarbeiterverband Leipzig am 24. 1. 18.
Betrifft: Entlassung des Landsturmmanns Hermann Rose.
Zugegen: Herr Gauleiter Sängerlaub.
Beschäftigt werden: Bureau: 3 männliche Personen.

Der Transportarbeiterverband ist eine Interessengemeinschaft der Transportarbeiter Deutschlands. Er bezweckt die Hebung der wirtschaftlichen Lage seiner Mitglieder. Der Verband ist in Gaue eingeteilt. Die Verwaltung des Gaues Leipzig und Umgegend befindet sich Leipzig, Zeitzer Straße 32 (Volkshaus); **Gauleiter ist Sängerlaub.**

Der Verband hat verschiedene Wohlfahrtseinrichtungen: Kriegsunterstützungen an Kriegerfrauen und Familien, sowie Arbeitslosen- und Sterbekassen-Unterstützung. Außerdem wird die Lebensmittelverteilung für die Feldzeugmeisterei und den Kommunalverband durch den Verband bewirkt. Um die Kriegsunterstützungsbeiträge beizubringen, benötigt die hiesige Verwaltung für Akquisition und Organisation eine tüchtige und vertrauenswürdige Kraft, da die Gelder nur von den noch zur Zeit vorhandenen Mitgliedern beigebracht werden müssen. (Die im Felde befindlichen zahlen keine Beiträge.)

Der reklamierte Rose soll im Gau Leipzig Verwendung finden als Akquisiteur und Organisator. Seine Tätigkeit würde darin bestehen, die Eisenbahn- und Straßenbahnbeamten zu bearbeiten, d. h. ihre Wünsche betr. Lohnforderungen oder irgendwelcher sonstiger Art zu prüfen und an den Verband weiterzugeben, **vor allen Dingen jedoch dahin zu wirken, daß sogenannte „wilde Streiks" friedlich geregelt werden.** Rose ist Leipziger Bürger und kennt die hiesigen Verhältnisse seit langen Jahren. Er ist seit 1903 nach Dessau versetzt worden und soll nach Angabe des Herrn Sängerlaub sich vorzüglich für den erwähnten Posten eignen.

Unter Berücksichtigung der nicht zu verkennenden Wohlfahrtseinrichtungen, die der Verband durch die oben erwähnten Kriegsfürsorgeeinrichtungen getroffen hat, und vor allen Dingen unter Berücksichtigung des Umstandes, daß für den betreffenden Posten kein andrer Ersatz zu beschaffen ist, wird eine Entlassung Roses zur Arbeitsleistung bei der hiesigen Verwaltung des Transportarbeiterverbands befürwortet.

Leipzig, den 24. Januar 1918. Nachr. gez. Hehne.

Kriegsamtstelle Leipzig. Leipzig, den 26. Januar 1918.
Br. B. Nr. 466 R.—A. Geheim!
U.

Dem Königlichen Kriegsministerium, Waffen- und Industrie-Abteilung
Dresden
mit nachstehender Aeußerung ganz gehorsamst zurückgereicht.

Die Verwaltungsstelle Leipzig des Deutschen Transportarbeiterverbands wurde bisher von dem Bevollmächtigten für Leipzig, Sängerlaub, verwaltet. Sängerlaub hat jetzt die Stelle eines Gauleiters für den Gau Sachsen erhalten und ist infolgedessen nicht mehr in der Lage, die Geschäfte der Verwaltungsstelle Leipzig zu führen. Deren bisheriges Personal besteht aus dem Sekretär Reder, dem Beamten Kunert und dem Expeditionsführer Schmidt. Reder soll an Stelle Sängerlaubs Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Leipzig werden. An Reders Stelle soll als Sekretär Kunert treten.

Reder ist bereits 50 Jahre alt und wegen seines Alters nicht mehr in der Lage, den Posten als Bevollmächtigter für Leipzig allein und in der Weise auszufüllen, wie dies Sängerlaub bisher getan hat, denn diese Stellung fordert dauernd Verhandlungen außerhalb des Bureaus und Abhaltung von Versammlungen in Leipzig und seiner Umgebung in den Abendstunden.

Es soll daher der reklamierte Rose, der mit den Leipziger Verhältnissen vertraut sein soll, Reder einen Teil der Arbeit abnehmen und unter Sängerlaubs Oberleitung vor allem sich mit den Straßenbahnern und den Eisenbahnern befassen.

Wie dem Kgl. Kriegsministerium bekannt ist, ist die Gesinnung gerade der Leipziger Arbeiterschaft nicht die beste. **Insbesondere sind bisher die Straßenbahner außerordentlich unruhig gewesen und sind es jetzt noch,** so daß immerhin mit der **Gefahr eines Streiks der Straßenbahner** gerechnet werden muß. **Neuerdings** hat sich unter den Straßenbahnern auch eine besondere Organisation aufgetan, die von der Gewerkschaft abgerückt ist und vollkommen in **linksradikalem Fahrwasser** segelt. **Es ist dem tatkräftigen Bemühen Sängerlaubs, welcher der gemäßigten Richtung angehört, bisher immer gelungen,** sowohl die Transportarbeiter im allgemeinen, als die Straßenbahner im besonderen vor einem **offiziellen Uebertritt zur linksradikalen Gruppe der Sozialdemokratie abzuhalten.** Es wird ihm auch, wie die Umstände jetzt liegen, voraussichtlich gelingen, eine weitere Ausdehnung

der neuen Organisation der Straßenbahner zu verhindern und möglicherweise sie ganz wieder zum Verschwinden zu bringen. **Auch hat Sängerlaub bisher in anerkennenswerter Weise zur Verhinderung von Streiks bei den Transportarbeitern und Straßenbahnern beigetragen.** Es wäre nun bedauerlich, wenn der anscheinend nicht so tatkräftige neue Bevollmächtigte Reder nicht in der Lage sein würde, in den bisherigen Bahnen Sängerlaubs weiterzuarbeiten und den andauernden Bemühungen der U. S. P., die Transportarbeiter und insbesondere die Straßenbahner zu sich hinüberzuziehen, nicht den genügenden Widerstand entgegensetzen könnte. Deshalb wäre es zu begrüßen, wenn dem neuen Bevollmächtigten Reder ein Teil seiner Arbeit abgenommen würde und der **reklamierte Rose unter Sängerlaubs Oberleitung** und im Sinne Sängerlaubs die Bearbeitung der Straßenbahner-Angelegenheiten übernehmen könnte.

Hierzu kommt, daß auch in andrer Hinsicht eine Besetzung der Verwaltungsstelle Leipzig mit genügendem Personal erwünscht erscheint. Denn der Verband hat verschiedene Wohlfahrtseinrichtungen: Kriegsunterstützung an Kriegerfrauen und Familien, sowie Arbeitslosen- und Sterbekassenunterstützung, außerdem wird die Lebensmittelverteilung an Schwerstarbeiter für die Feldzeugmeisterei und den Kommunalverband teilweise durch den Verband bewirkt.

Nach Vorstehendem glaubt die Kriegsamtstelle, die Entlassung und Zurückstellung Roses befürworten zu sollen.

Kriegsamtstelle Leipzig.
Br. B. Nr. 804 R. A. geh.

Geheim.

Bericht

über die Feststellungen bei dem Deutschen Eisenbahnerverband,

Bureau Leipzig, Zeitzer Straße 32, am 8. 6. 18.

Betrifft: Zurückstellung des Geschäftsführers Rose.

Rose erklärt, daß hauptsächlich die dem Verband angehörenden **Werkstättenarbeiter der unabhängigen Sozialdemokratie angehören und bei den kleinsten Anlässen geneigt seien, zu streiken.** Seine Hauptaufgabe sei es, die Ruhe im Bezirk unter allen Umständen zu wahren. Er rechne es sich als besonderes Verdienst an, daß ihm dies bis heute gelungen sei. Ein geeigneter Ersatz für ihn bei seiner event. Einberufung sei nicht zu beschaffen, auch würde bei falscher Behandlung der Leute durch einen nicht eingearbeiteten und den Leuten fernstehenden Nachfolger zu befürchten sein, daß früher oder später Streik eintrete.

Der Bezirksleiter Fitz vom Bäckerverband:

Kriegsamtstelle Leipzig. Geheim!
Br. B. Nr. 679. R.-A. geh.

Bericht über die Erörterungen bei dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren und Berufsgenossenschaft Deutschlands

am 10. 4. 1918.

Betrifft: **Weitere Zurückstellung des Bezirksleiters Fitz.**

Unter Bezugnahme auf den Bericht über die Feststellungen bei dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren und Berufsgenossen Deutschlands am 12. d. 18 wurde von Fitz bei den heutigen Erörterungen als Grund für sein neuerliches Zurückstellungsgesuch bevorstehende Parteikämpfe bei einem neuen Wechsel in der Bezirksleitung angegeben. Fitz erklärte, **die Hauptleitung des Verbands habe seinerzeit alle Hebel in Bewegung gesetzt, um ihn nach Leipzig beurlaubt zu erhalten,** da diese gleich ihm der gemäßigten Sozialdemokratie angehöre, während hier in Leipzig der Zentralverband der radikalen Richtung zuneige. Er, Fitz, habe es von jeher für seine besondere **Aufgabe gehalten, diesen radikalen Bestrebungen** des hiesigen Verbandes entgegenzuarbeiten, und glaube für sich das Verdienst in Anspruch nehmen zu können, den Zentralverband des hiesigen Bezirks bis heute von unüberlegten Handlungen bewahrt zu haben. Bei seiner Neueinberufung werde die Nachfolgerfrage in der Bezirksleitung aufs neue akut, und er **glaube auf das** bestimmteste versichern zu können, **daß als event. Nachfolger von ihm**

nur ein der radikalen **Richtung der Sozialdemokratie angehörender Mann in Frage käme.**

Die einzelnen Angaben Fitz's bezüglich seiner politischen Gesinnung ließen sich naturgemäß hier nicht ohne weiteres nachprüfen. Die im Bericht vom 12. 2. 18 angegebenen Gründe für die seinerzeitige Zurückstellung Fitz's bestehen auch heute noch.

Eine weitere Zurückstellung von 2—3 Monaten würde auf jeden Fall befürwortet, sobald die Angaben Fitz's bezüglich seiner persönlichen Gesinnung nachgeprüft und für richtig befunden worden wären.

Leipzig, den 20. April 1918. (gez.) Nachr. Heyne.

25. 4.

Geheim.

Abgabe an Ref. Z. mit Bef. einer 3-mon. Zurückstellung, nachdem pol. Polizei mitgeteilt hat, **daß F. der soz. Mehrheitspartei angehört.**

Der Gewerkschaftsangestellte **Gericke** vom Holzarbeiterverband:

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses Leipzig.

Br. B. Nr. 2114.

Im Antwortschreiben anzugeben.

Leipzig, den 20. August 1917.

Geheim.

Der Kriegsamtstelle Referat R. A.

Leipzig.

Die Zurückstellung des dem Schlichtungsausschuß Leipzig als ständiges Mitglied angehörenden Gewerkschaftssekretärs **Gericke** läuft am 30. d. M. ab. Ich bitte Referat R. A. beim Referat Z. dahin vorstellig zu werden, daß G. erneut zurückgestellt wird, weil G., trotzdem er der sozialdemokratischen Partei angehört, als **gemäßigter Sozialdemokrat** bei den Sitzungen des Schlichtungsausschusses stets sehr sachlich geblieben ist und mir die Arbeit vielfach wesentlich erleichtert hat. **Es ist bei der Einziehung des G. zu befürchten, daß an seiner Stelle ein radikaler Gewerkschaftler in den Schlichtungsausschuß hineinkommt,** wodurch mir die an und für sich schon schwierige Tätigkeit nur noch mehr erschwert wird.

Aus diesen Gründen bitte ich das Referat R. A., die weitere Zurückstellung des G. zu erwirken.

gez. Bachstein.

Um den militärischen Gewalthabern die Notwendigkeit der Reklamation zu beweisen, denunzieren diese „Vertrauensleute" ihre eignen Mitglieder als „besonders unruhig" und streikgefährlich. Herr Rose sagt ganz klar: Wenn ich eingezogen werde, dann streiken die Eisenbahnwerkstätten-Arbeiter. Und Herr Magnus Haack, der Bezirksleiter des Metallarbeiterverbands in Dresden, bekräftigt die Reklamation seines Untergebenen Jung mit der Denunziation des Genossen Heckert:

Kriegsamtstelle Leipzig. Leipzig, den 26. Januar 1918.

Br. B. Nr. 481, R.-A. geheim.

Herr Haack vom Metallarbeiterverband Dresden ersucht Herrn Hauptmann Kegel telephonisch, doch möglichst dahin zu wirken, daß der Gewerkschaftsbeamte Artur Jung, der als Beamter für Crimmitschau bestimmt war und reklamiert worden ist, sofort von seinem Ersatz-Truppenteil Ers.-Batl. 134, 3. Komp., Plauen, entlassen, oder, wenn die Entlassung noch längere Zeit in Anspruch nehmen sollte, umgehend bis zu seiner Entlassung beurlaubt wird. Haack fügt hinzu, daß gerade gegenwärtig **in Crimmitschau die Verhältnisse sich sehr zugespitzt hätten, weil dort zur Zeit ein gewisser Heckert für die unabhängige Sozialdemokratie scharfe Propaganda mache,** Versammlungen einberufe und lebhaft Mitglieder für die **unabhängige** Sozialdemokratie werbe. Unter diesen Umständen wäre es von der größten Wichtigkeit, daß der reklamierte Jung seine Tätigkeit in Crimmitschau unverzüglich aufnehmen könne. Haack bittet daher um Unterstützung der Kriegsamtstelle.

Nachr.

Verräter und Denunzianten.

Der größte Lump im ganzen Land,
Das ist und bleibt der Denunziant.

Der aus den Anfängen der Arbeiterbewegung stammende Reim ist von den Führern der Scheinsozialisten längst vergessen worden. Sie halten es für richtig, sich und ihre Organisation in den Dienst der Imperialisten zu stellen und die jeweils Herrschenden in der Unterdrückung des arbeitenden Volkes zu unterstützen. Während des Krieges halfen sie eifrig, die Arbeiter niederzuhalten und durch Angaben und Mitteilungen die Vertrauensleute der streikenden Arbeiterschaft zu beseitigen. In einem Bericht an das Kriegsministerium vom 24. 4. 17 „meldet die Kriegsamtstelle (Leipzig) ganz gehorsamst folgende Wahrnehmung innerpolitischen Charakters bei den in ihrem Bezirke in voriger Woche vorgekommenen Arbeitseinstellungen". Und da heißt es u. a.:

„Während die Anhänger der Scheidemannschen Richtung von einer Streikmaßnahme nichts wissen wollten, durch dieselbe überrascht wurden **und dazu beigetragen haben, den Streik schnellmöglichst wieder beizulegen,** hatten die Anhänger der Richtung **Liebknecht-Ledebour heimlich den Streik provoziert."**

„Wenn es gelungen ist, die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen, so ist dies dadurch möglicht geworden, daß seitens der Kriegsamtstelle **unter starker Beteiligung der gemäßigten Führer der Arbeiterorganisationen der Grund des Streiks vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet herübergespielt worden ist und dadurch der Sache die Spitze abgebrochen wurde.**

Es steht jedoch zu befürchten, daß auch weiter die Anhänger der Richtung Liebknecht-Ledebour die Arbeitermassen durch Aufwiegelung und Streikmaßnahmen von der Scheidemannschen Richtung abziehen und in ihre Gefolgschaft zu zwingen versuchen.

Die Kriegsamtstelle gibt hierunter ein Verzeichnis der hier in dem Streik bekannt gewordenen Persönlichkeiten:

1. **Scheidemannsche Gruppe:** Fromm, Ploog, Haack, Gericke, Sauer, Pollender und Sängerlaub;
2. **Spartakus-Gruppe:** Lipinski, Lieberasch, Liebmann und Seger;
3. **Zweifelhaft, ob zu 1 oder 2 gehörig:** Schäfer, Lüttich, Hübner und Hagen."

Der Berichterstatter der Kriegsamtstelle war noch nicht ganz im Bilde, sonst hätte er die als „zweifelhaft" Bezeichneten richtig eingeteilt. Lüttich und Hagen haben durch ihre Handlungen bewiesen, daß sie gleich der unter 1 genannten Gruppe das volle Vertrauen der Kriegsamtstelle verdienten. Herr Fromm, der als erster Liebling der Unternehmer genannt wird, ist dafür gleich zur Denunziation übergegangen. Ein Schreiben der Kriegsamtstelle vom 15. Mai 1917 an das Kriegsministerium in Dresden lautet:

„Streng geheim!

Die Kriegsamtsstelle Leipzig gestattet sich, ganz gehorsamst zu bemerken, daß **alle Vorsitzenden der Gewerkschaften** bei den vielen Verhandlungen, die die Kriegsamtstelle mit ihnen geführt hat, immer und immer wieder erklärten, daß sie mit der **Streikmaßnahme nicht einverstanden** seien, davon überrascht worden wären **und alles tun wollten, um die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen.** Der Gewerkschaftsführer Haack vom Deutschen Metallarbeiterverband, Dresden, äußerte sich sogar, daß der Streik im jetzigen Augenblick sowohl **ein Verbrechen gegen das Land, als auch eine Dummheit gegen die Partei sei.**

Der Gauleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Leipzig, Fromm, hat dem Beamtenstellvertreter Brecht von der Kriegsamtstelle Leipzig erklärt, daß die Streiks in Leipzig usw. auf die Bemühungen der Spartakus-

gruppe zurückzuführen seien, und von Lieberasch, Lipinski, Geyer und Genossen inszeniert worden wären.

Als weiterer Beweis für die Schuld der in Leipzig besonders festwurzelnden sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft kann die Anfang April erfolgte Entfernung des Stadtverordneten-Vizevorstehers Pollender, Stadtverordneten Kressin, eines gewissen Illge und Barth als Redakteure der Leipziger Volkszeitung angesehen werden. Diese Männer waren nicht radikal genug."

Moritz Fromm und Magnus Haack gingen noch selbst in die Kriegsamtstelle zu einer Besprechung. Darüber gibt folgender Auszug aus dem Protokoll Kenntnis:

Kriegsamtstelle Leipzig
Bc.-B.-Nr. 2652 V.

Leipzig, den 18. April 1917.

Anwesend die Herren: Hauptmann Ritter, Hauptmann Kegel, Oberleutnant Riemann, Oberleutnant Kühn, Herr **Haack**, Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Dresden, Herr **Fromm**, Vertrauensmann des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Leipzig.

Die Gewerkschaftsführer äußerten sich zum Streik wie folgt:

Haack: Er habe von der Vorbereitung des Streiks absolut nichts gewußt, habe vielmehr zuerst durch Major Auerbach (Kgl. Kriegsministerium, Dresden) telephonisch davon gehört. Er erkläre hiermit, daß die Gewerkschaftler mit diesen Arbeitsniederlegungen nichts zu tun hätten, in Dresden und auch sonst in Sachsen herrsche Ruhe. Nur in und unmittelbar um Leipzig, wo der Einfluß der radikalen Sozialdemokratie (Liebknecht, Ledebour, Lipinski, Lieberasch) besonders stark sei, seien Arbeiterausstände erfolgt. Beigetragen hierzu haben nach seiner Ansicht die Vorgänge in Rußland und die Botschaft Wilsons. **Er bezeichnet dieses Vorgehen der Leipziger Genossen als ein Verbrechen** an der Gesamtheit und an allen Arbeitern. Der Friede würde dadurch nicht beschleunigt, sondern hinausgeschoben. **Es sei ein „Putsch" der hiesigen radikalen Arbeiterführer**, die in dieser Sache ohne vorherige Verständigung mit den anerkannten Gewerkschaftsführern vorgegangen seien. Die Gewerkschaftler hätten zu Beginn des Krieges Burgfrieden versprochen, hätten ihn bis jetzt gehalten und würden ihn weiter halten.

Nach seiner Ansicht seien die Anstifter der Bewegung der Durchführung einer so großen Sache nicht gewachsen. Es gehöre außerordentlich viel Organisationstalent dazu, ein solches Unternehmen auch nur 14 Tage lang aufrechtzuerhalten. Seitens der Gewerkschaftskasse würden keinerlei Streikunterstützungen gezahlt werden. Es besteht zwar eine Leipziger Lokalkasse, doch würde annehmbar auch diese gesperrt werden. Im übrigen sei diese sehr schwach, auch seien die Gelder fest angelegt.

Wenn die Bewegung an sich selbst zugrunde gehe, würde dies gleichzeitig zu dem sehr günstigen Ergebnis führen, daß die jetzigen Anstifter abgewirtschaftet hätten, denn sie könnten dann für das Mißlingen ihres Unterfangens keinerlei Entschuldigungsgründe anführen, würde aber seitens der Behörde oder Gewerkschaften etwas unternommen, so hätten sie immer noch die Ausrede, daß sie ihr Ziel erreicht hätten, wenn ihnen nicht von den genannten Stellen in die Arme gefallen worden wäre. Es würde auch ungünstig für die ganze Bewegung sein, wenn die eventuell von den Arbeitgebern zu bewilligenden Zugeständnisse unverzüglich in sehr auffälliger Weise den Arbeitern bekanntgemacht würden, damit diesen ein weiterer Grund zum Streik genommen würde. Vielleicht könnte hierzu die Form der amtlichen Bekanntmachung durch den Stadtrat zu Leipzig gewählt werden.

Fromm: Auch er bezeichnet das **Vorgehen der radikalen Partei als ein Verbrechen an seinen Arbeitskollegen und dem Vaterland,** glaubt auch, daß die Bewegung nicht von langer Dauer sein und bald versanden würde, vorausgesetzt, daß nicht hineingestört wird.

Nach folgendem Aktenstück beklagt sich Moritz Fromm beim Hauptmann Weikert, daß sich seine Kollegen nicht von ihm verraten lassen.

Kriegsamtstelle Leipzig
Kreisreferat Leipzig
Br. B. Nr. 86 II geh.

Leipzig, 20. Sept. 1918
Ranstädter Steinweg 38.
Fernruf 454.

Geheim!

An die Kriegsamtstelle
Ref. R. A.

Leipzig.

Ich traf gestern abend Gewerkschaftssekretär Fromm, welcher aus der von ihm abgehaltenen Versammlung im Tivoli kam. Er sagte mir, **er hätte sich alle Mühe gegeben**, die Vorschläge zur Annahme zu bringen, es sei ihm das jedoch nicht gelungen. Er glaube, daß die Gegnerschaft gegen seine Person in der Hauptsache schuld daran sei, **weil er nicht zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gehöre.** Er sprach sich mir gegenüber ganz offen und rückhaltlos aus und äußerte, daß er nicht glaube, daß es irgendwie zu einem Streik kommen würde.

gez. Weikert, Hauptmann d. L. a. D.

Karl Sängerlaub ist ein besonders treuer Helfer des bedrängten Unternehmertums. Am 16. April 1917 veranstalteten die streikenden Arbeiter Leipzigs eine Riesendemonstration im Brauereigarten in Stötteritz. Unternehmer und Behörden waren darüber in größter Angst. Aber Karl Sängerlaub, Angestellter des Transportarbeiterverbands, eilte an das Telephon und beruhigte die Kriegsamtstelle, die den Bericht Sängerlaubs sofort an das Kriegsministerium weitergab. Hier der Bericht:

Durch Fernsprecher.

Geheim.

An Kriegsministerium, Abteilung VI, Dresden.

Bericht über Arbeitseinstellungen vom 16. April.

Geschäftsleiter des Transportarbeiterverbandes, Sängerlaub, welcher an der Versammlung in Stötteritz teilgenommen hat, teilt telephonisch mit, daß nach seiner Ansicht Arbeiter voraussichtlich wieder arbeiten werden, da schon heutiger Lohnausfall sie dazu zwingen würde. Kriegsamtstelle hat ihnen nochmals besonders ans Herz gelegt, daß Organisationen keine Streikunterstützung zahlen. Sängerlaub erklärte, es sei ausgeschlossen, daß Streikunterstützung gezahlt werde. Außerdem ist der Kriegsamtstelle bekannt, daß Streikkasse der Organisation sehr schwach ist, was Sängerlaub zugab. Kriegsamtstelle ist infolgedessen der Ansicht, daß Widerspruch der gemäßigten Arbeitervertreter gegen Streik zum Teil auch deshalb erfolgt, weil sie genau wissen, daß Organisationen Streik finanziell nicht lange (höchstens 14 Tage) aushalten können. Sie fürchten nach Ansicht der Kriegsamtstelle, daß Ansehen der Organisation untergraben wird, wenn sie zugestehen müssen, daß sie nicht in der Lage sind, Streikunterstützung mehr zu bezahlen. Ansicht Sängerlaub erscheint allerdings der Kriegsamtstelle zu optimistisch. **Es wird gebeten, von Namensnennung Sängerlaubs abzusehen.**

Kriegsamtstelle Leipzig. Nr. 3406 VI. Fernspr. Nr. 54.

Die weitere Verbindung Sängerlaubs mit der Kriegsamtstelle sei durch folgende Aktenstücke dargestellt:

Datum: 17. Juni 1918.
Tageszeit: 9 Uhr 15 und 9 Uhr 30 Min.
Uebermittlung: Telephonisch.
Von wem: Sängerlaub vom Transportarbeiterverband. Telephon 3426.
820 R. A. geh.

Sängerlaub weiß noch nichts von dem Streik. Er wird mit dem nächsten Zug nach Chemnitz fahren (Abfahrt 11 Uhr 20 Min., Ankunft 2 Uhr 6 Min.) **und die streikenden Straßenbahner zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlassen.** Ob er Erfolg haben wird, kann er noch nicht bestimmt zusichern, da nach seiner Angabe die überwiegende Mehrheit der Chemnitzer Straßenbahner noch nicht organisiert ist. Er will sein möglichstes tun und hat bereits Verbindung angemeldet mit seinem Chemnitzer Vertrauensmann zur Vorbereitung einer Besprechung sofort

nach seiner Ankunft in Chemnitz. Er wird die Kriegsamtstelle noch heute von dem Erfolg telegraphisch oder telephonisch verständigen. Ich habe ihn ersucht, dasselbe mit der Chemnitzer Straßenbahndirektion zu tun.

Nachr.

gez.: Heyn.

1. Telephongespräch mit Sängerlaub am 16. 6. 18, 9,15 Uhr, vorm.

K.: In Chemnitz streiken die Straßenbahner. Ist Ihnen etwas davon bekannt? Wissen Sie die näheren Gründe, die zum Streik geführt haben?

S.: Mir ist noch nichts bekannt. Ich werde mich aber sofort einmal zu unterrichten suchen.

K.: Es sollen ungefähr 600 Personen, meist Frauen, streiken. Es soll sich um Einführung eines neuen Dienstplans handeln.

S.: Wegen des Dienstplans haben wir früher schon einmal gelegentlich zusammen gesprochen.

K.: Es muß alles versucht werden, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Sobald dies geschehen ist, ist die Kriegsamtstelle bereit, zu vermitteln.

S.: Ich werde selbst persönlich nach Chemnitz fahren und mich vorher mit meinem Vertrauensmann der Transportarbeiter in Chemnitz, der im Konsumverein beschäftigt ist, in Verbindung setzen.

K.: Wenn Sie nach Chemnitz fahren, teilen Sie den Erfolg ihrer Bemühungen sobald als möglich der Kriegsamtsstelle telegraphisch mit, ebenso der Straßenbahndirektion.

S.: **Ich werde mein möglichstes tun, die Sache beizulegen.**

2. Telephongespräch mit Sängerlaub am 17. 6. 18, 9,30 Uhr vormittags.

Haben Sie sich mit Ihrem Vertrauensmann schon in Verbindung gesetzt? Sobald Sie etwas von ihm erfahren, teilen Sie es doch hierher noch telephonisch mit, da der nächste Zug erst 11,20 Uhr nach Chemnitz geht.

S.: Ich habe die Verbindung bereits angemeldet, aber sie noch nicht erhalten. Sobald ich etwas Näheres erfahre, werde ich die Kriegsamtstelle benachrichtigen. Ob ich in Chemnitz Erfolg haben werde, weiß ich noch nicht, da von den Straßenbahnern nur ein geringer Teil organisiert ist. Da ich erst Nachmittag nach Chemnitz komme, werde ich möglicherweise erst heute oder morgen früh der Kriegsamtsstelle Mitteilung zugehen lassen können.

K.: Der Kriegsamtstelle ist selbstverständlich an Erfolgsnachrichten sobald als möglich gelegen, event. telephonieren Sie mich in meiner Privatwohnung an. (Nr. 51 051.)

S.: **Ich werde alles versuchen, damit die Arbeit baldigst wieder aufgenommen wird.**

Datum: 4. 10. 17.

Tageszeit: 9,15. U.

Uebermittlung: telephonisch. 259 R. A. geheim.

Von wem: Kriegsmetall A.-G.

Direktor Stoll: Die Arbeiter der K. M. A. G. sind bis auf zwei oder drei beim Transportarbeiterverband organisiert. Heute morgen haben die organisierten Arbeiter die noch nicht organisierten bestürmt, ebenfalls der Organisation beizutreten und haben mit Arbeitsniederlegung gedroht. Da die Unorganisierten sich geweigert haben, haben die Organisierten nach der Frühstückspause die Arbeit nicht wieder aufgenommen und sind in ihrer Frühstücksbude geblieben. Es arbeiten nur einige Frauen und Sortierer. Da dringliche Arbeiten vorliegen, bittet Stoll um sofortige Abhilfe.

Ich habe sofort den Transportarbeiterverband — Tel.-Nr. 3426 — angerufen, wo mir gesagt wurde, Sängerlaub sei in der Brauerei Riebeck. Auf sofortigen Anruf der Brauerei Riebeck — Tel.-Nr. 58 109 — erklärte mir deren Beamter Voigt, daß er S. sofort im Betriebe suchen und ans Telephon rufen wird.

¾10 Uhr Telephongespräch mit Sängerlaub. Er mißbilligt das Vorgehen der Arbeiter aufs entschiedenste und erklärt, er werde sofort zur K. M. A. G. hinausfahren.

10 Uhr Telephongespräch mit K. M. A. G. Stoll teilt mit, daß die Arbeiter nach halbstündiger Aussetzung die Arbeit wieder aufgenommen haben, nachdem sich herausgestellt habe, daß die fraglichen drei Arbeiter bereits organisiert gewesen seien oder nachdem sie der Organisation beigetreten seien.

1. Mitt. an H. H. R.

2. an Stab D.

3. 3. V. A.

Nachr.

gez. Keller.

Die Verbandsvorsitzenden **beruhigen ihre Mitglieder** im Auftrage der Gewalthaber:

Durch Fernsprecher.

Geheim.

An Kriegsministerium, Abteilung VI, Dresden.

Bericht über Arbeitseinstellungen vom 19. April.

Bauarbeiterverband teilt mit, daß heute nur 12 Leute sich arbeitslos gemeldet haben. Nach Aussprache auf dem Rathause sei Ernährungsforderung als zwecklos fallengelassen und beschlossen worden, an Arbeitgeber eine Eingabe wegen Lohnerhöhung zu machen. Stadtrat habe seine Vermittlung zugesagt. Arbeit sei also im allgemeinen wieder voll aufgenommen. **Heute abend findet Versammlung statt, wo Verbandsvorsitzender auf Veranlassung der Kriegsamtsstelle zur Ruhe mahnen will.** Transportarbeiterverband teilt mit, daß bei Transportarbeitern überall Ruhe herrscht. Bei Kriegsmetall hat Verbandsvorsitzender im Einvernehmen mit K.-A. Arbeiter vom Streik abgehalten; sie wollen Forderung auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit stellen. **Straßenbahner wollten heute streiken, Verbandsvorsitzender hat sie beruhigt.** Nächste Woche sollen Forderungen auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung bei Straßenbahndirektion gestellt werden. **Auch in einigen Kohlenbetrieben hat Verbandsvorsitzender Leute beruhigt und vom Streik abgehalten.** Organisation hat allen Streikenden Unterstützung versagt.

Kriegsamtstelle Leipzig, Nr. 3491/VI. Fernnummer.

* * *

Die Herrschaft der Imperialisten, der militärischen und kapitalistischen Gewalthaber ist vorläufig vorüber. Die Arbeiterschaft hat sie abgeschüttelt. Aber die Diener jenes brutalen Regimes sind noch ebenso tätig und stehen noch an der gleichen Stelle. Dieselbe bürgerliche Lügenpresse beeinflußt, durch Hunderte Kanäle gespeist, die große Masse des Volkes. Sie erdichtet gruselige Schauermärchen, um sie gegen die kämpfenden Arbeiter auszuspielen. Die gleichen Professoren, Offiziere in Zivil und Pfaffen steigen in Volksversammlungen, um die Arbeiter im Kampfe um ihre Befreiung irrezuleiten. Und dieselben „Gewerkschaftsführer" sitzen noch in ihren Aemtern und erheucheln das Vertrauen derselben Mitglieder, die sie vorher schmählich verraten haben.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein, sagt Karl Marx mit Recht. Und dazu gehört, daß die Arbeiter ihre eignen Reihen säubern; daß sie die Verräter und Denunzianten, die Helfer der Kriegstreiber und Wucherer schimpflich davonjagen. Aber auch die Halben und Lauen unter den Führern müssen sie beseitigen, denn das sind die ersten, die in künftigen reaktionären Perioden um sich selbst

besorgt, neuen Verrat am Proletariat üben werden. Zur Befreiung der Arbeiterklasse gehört ferner, daß die Arbeiterschaft alle sogenannte Aufklärung von bürgerlicher Seite ablehnt, die Lügenpresse aus ihren Wohnungen entfernt und klar und entschlossen auf ihr Ziel zusteuert.

Der Kapitalismus kann nur überwunden werden, wenn die Arbeiterschaft zur Herrschaft gelangt. Erst wenn die Arbeiterklasse diese Herrschaft ungeteilt und rücksichtslos ausübt, wenn sie alle Einrichtungen des kapitalistischen Staates beseitigt und alle gegnerischen Bestrebungen im Keime erstickt, erst dann ist die Bahn frei für einen planmäßigen Aufbau der Gesellschaft, für den Sozialismus.



Leipziger Buchdruckerei A. G.